

Bildung Europa

Zur Entwicklung der evangelischen Familienbildung in Europa

Leitlinien des Grundsatzpapiers *Europe and Family Policy*

Dr. Katherine Bird



Soziologin, Bird und Hübner GbR, Pfalzburger Str. 51, 10717 Berlin
bird@bird-und-huebner.de
Arbeitsfelder: Familienbildung mit Eltern in benachteiligten Lebenslagen; interkulturelle Familienarbeit

„Eltern zu befähigen, liebevolle Zuneigung zu geben, wird nur selten als genauso wichtig wie ihre materielle Unterstützung angesehen.“ Dies ist ein Kernsatz des Grundsatzpapiers *Europe and Family Policy*¹ der Kommission Kirche und Gesellschaft innerhalb der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). Dieser Satz fasst auch

sehr deutlich die Position der Familienbildung innerhalb der Familienpolitik zusammen: Liebevolle Zuwendung verliert sich häufig in Funktionszuschreibungen und Debatten über Rahmenbedingungen.

Das Grundsatzpapier lässt sich als Teil eines Trends zur Modernisierung des kirchlichen Familienbildes in Europa einordnen, an dem sich sowohl die deutsche EKD² als auch die über 120 orthodoxen, anglikanischen, evangelischen und altkatholischen Mitgliedskirchen der KEK beteiligen. Für die KEK begründet sich die Notwendigkeit der Familienförderung und -freundlichkeit aus dem Gebot der Nächstenliebe. In seiner Beziehung zu Gott ist das Individuum immer auch in Gemeinschaften eingebunden. Es ist die christliche Lehre, die ein Gleichgewicht zwischen „der individuellen Beziehung zu Gott, den Pflichten innerhalb und der Stärke durch die Familie sowie dem einmaligen Wert jedes Mitglieds“³ herstellen kann.

Das KEK-Papier schildert die Bedeutung der Familie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ihre Funktion als schützender Raum für das Aufwachsen zukünftiger Generationen und beschreibt die Vielfalt der Familienformen in Europa, ohne dabei auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften einzugehen. Sie sieht die Politik in der Verantwortung für die Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen und mahnt an, dass Familienfreundlichkeit mehr sei als nur Geld und Gesetze: Es sollte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, „geteilte Werte wie die Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität und Geschlechtergerechtigkeit zu unterstützen“⁴.

Nach einer Beschreibung der Rolle der Kirchen bei der Familienunterstützung, die durch die Lebensalter von Beratung, religiöser und säkularer Bildung bis zur Betreuung und Pflege reicht, werden fami-

lienpolitische Maßnahmen vorgeschlagen und aus christlicher Perspektive begründet. Der Wortlaut und die Begründungen entsprechen dem aktuellen Stand des europäischen Diskurses, nicht in jedem Fall aber dem des deutschen. So geht es im Abschnitt „Materielle Sicherheit“ um eine gerechte Lastenverteilung und die Reduzierung der (Kinder-)Armut. Der Begriff „Inklusion“ wird hier im Sinne von „soziale Inklusion“ verwendet, das heißt als Teilhabe am gesellschaftlichen Leben all derjenigen, die zum Beispiel durch Behinderung, Geschlecht, Alter, Ethnie, Armut und so weiter aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Die europäischen Regierungen und die EU sollen „Kinder und ihre Familien dazu befähigen [empower], Schlüsselakteure in der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu sein – einer Zukunft, in der sie nicht nur zurechtkommen, sondern auch gedeihen können“⁵. In Deutschland mit seiner konservativ-korporatistischen wohlfahrtsstaatlichen Tradition ist die Rede eher von Chancengerechtigkeit, die durch Infrastruktur und Förderprogramme, und damit weniger durch eine Befähigung und Ermächtigung des Individuums, erreicht werden soll. Die deutsche Familienpolitik versucht, die Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, zielt jedoch weniger auf die Verwirklichung der individuellen Chancen.

Familienbildung

In dem Grundsatzpapier wird unter der Überschrift *Education for Good Parenting* („Bildung für gute Erziehung“) der gängige europäische Begriff für Familienbildung, *family and parenting support*, angedeutet. Damit wird der Weiterentwicklung der Familienbildung von einrichtungsbasierten Kursangeboten hin zu einem Eltern und Familien begleitenden und unterstützenden Prozess Rechnung getragen.

Vorgestellt werden hier allgemeine Ziele der Familienbildung (Familien als Orte der „Stabilität, des Schutzes, der Verantwortung, der Fürsorge und der religiösen Erfahrung“ stärken⁶) sowie zwei konkretere Ziele: Zeit- und Geldmanagement. Nicht ersichtlich ist aber, warum gerade diese Einzelthemen ihren eigenen Platz bekommen. Reicht sich diese Aussonderung in den allgemeinen Tenor der Kritik an Eltern ein, dass manche Kinder zu viel Zeit vor dem Fernseher, Computer oder der Spielkonsole verbringen anstatt an gemeinsamen Familienaktivitäten teilzunehmen? Oder sind erwerbstätige Eltern gemeint,

¹ Church and Society Commission of the Conference of European Churches (2012): *Europe and Family Policy. Love, Solidarity and Education at the Heart of our Societies*, S. 9 (<http://csc.ceceurope.org>).

² Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.) (2013): *Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken*. Gütersloh.

³ Church and Society Commission of the Conference of European Churches (2012): *Europe and Family Policy. Love, Solidarity and Education at the Heart of our Societies*, S. 5 (<http://csc.ceceurope.org>).

⁴ S. o. A.: S. 4.

⁵ S. o. A.: S. 6.

⁶ S. o. A.: S. 9.

eventuell alleinerziehend, die kaum Zeit und Aufmerksamkeit für ihre Kinder finden können? Ohne weiterführenden Hintergrund sind diese Empfehlungen offen für Fehlinterpretationen.

Die KEK fordert, anknüpfend an ein weiteres Prinzip der europäischen Familienbildung, dem Empowerment, mehr „Mut“ von der Familienbildung. Gemeint sind damit Angebote, welche Eltern ermutigen sollen, schwierige Situationen zu bewältigen, anstatt ihnen ihre Elternrolle abzunehmen. Die Rede von „Mut“ in diesem Zusammenhang ist im deutschsprachigen Raum neu.



Und mutig wird die KEK selber, wenn es um die Strukturen der Familienbildung geht. Das Papier plädiert diesbezüglich für einen ambitionierten Ausbau der Eltern- und Familienbildung, -beratung und -unterstützung. Sie empfiehlt hier die Integration „lebensbegleitender“ Angebote in Kitas und Schulen, wo Eltern bereits gut zu erreichen sind.

Aus der Perspektive deutscher evangelischer Familienbildung fehlt in dem Grundsatzpapier ein Thema völlig: die Familie als Bildungsort. Das liegt nicht nur an der Sprache, sondern entstammt einem tiefergreifenden Unterschied im Aufgabenverständnis der entsprechenden Institutionen. So unterscheidet die KEK zwischen *parenting* (Erziehung) und *education* (Bildung), wobei Erziehung nur in Familien und Bildung nur in Einrichtungen stattfindet. Die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung wird zwar betont, doch bleibt dies Aufgabe der Kita, als bester Ort für die ganzheitliche Entwicklung aller Kinder ungeachtet ihrer sozialen Herkunft (ganzheitlich meint hier eine „spirituelle, emotionale, soziale und physische Entwicklung“⁷). An keiner Stelle ist die Rede von der Bildungsverantwortung der Fa-

milie oder einer Förderung frühkindlicher Bildung in Familien. Erziehung, die in der Familie stattfindet und durch Familienbildung unterstützt werden soll, wird strikt von Bildung getrennt, die von Fachkräften in Einrichtungen vermittelt wird. Die Verknüpfung der beiden Orte des Aufwachsens – wie sie zum Beispiel in einer Erziehungspartnerschaft konzipiert wird – bleibt von der KEK unerwähnt.

Fazit

Viele der Themen und Empfehlungen der KEK werden deutschen Leser/-innen bekannt vorkommen, einige der Akzentuierungen sind neu. Eine Gemeinsamkeit des KEK-Papiers und der EKD-Orientierungshilfe liegt in der Betonung der emotionalen Seite des Familienlebens. In politischen Debatten in Deutschland wird die Familie häufig als Zweckgemeinschaft zur Erfüllung gesellschaftlicher Funktionen dargestellt. Durch das Hantieren an Stellschrauben wie „Vereinbarkeit“ oder „familienbezogenen Leistungen“ soll die Funktionsfähigkeit der Familie erhöht werden. Dagegen setzt die KEK das Bild der Familie als „Schule der Humanität“⁸, in der Menschen „in gegenseitiger Liebe, Verantwortung, Respekt und Treue gehegt und versorgt werden“⁹. Weiter noch geht hier das in der EKD-Orientierungshilfe vermittelte Bild der „gerechtigkeitsorientierten Familie“ (§ 120), das Liebe und Rechte verbindet. Der Begriff der „Liebe“ tauchte bislang in familienpolitischen Debatten selten positiv auf, weil er zu lange die unentgeltliche und gesellschaftlich nicht-anerkannte Arbeit der aufopferungsvollen Ehefrau und Mutter begründete. Die Stärke des evangelischen Familienbildes liegt nun darin, dass die Rede von Liebe keiner romantischen Idealvorstellung oder alten Macht-hierarchien dient, sondern zunächst einmal subjektiv auf Gott bezogen wird: „dass Gottes Zuwendung und Liebe als Kraftquelle stärker sind als menschliche Erwartungen und menschliches Versagen“ (EKD, § 50). Hierauf lässt sich künftig nicht nur in der Familienbildung, sondern auch in anderen Bereichen kirchlicher Familienarbeit bauen.

⁷ S. o. A.: S. 12.

⁸ S. o. A.: S. 16.

⁹ Ebd.